Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 248. **Montag** den 16. Mai 1892. 86. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Bei der Ober-Postdirection hier lagern die nachbezeichneten **unbestellbaren Postsendungen. Einschreibbriefe.** Aus **Leipzig:** an Geheimrath von Zimmermann in Berlin, Regentenstraße 24 v. 26./10. 91, an Moritz Müller in Halle (Saale), Blaudenbergerstr. 4, I., v. 14./11. 91, an Fritz Buchheim in Strasburg postl. v. 21./11. 91, an Ihre Durchlaucht die Fürstin Bismarck in Friedrichsruh v. 8./11. 91, an Moses Levyfohn in Torgau v. 18./12. 91, an W. A. Meyers Verlagshandlung in Frankfurt (Main) v. 3./12. 91, an Federis Maria in Tavarna (Ungarn) v. 30./12. 91, an Frl. Helene Beier in Chemnitz, Brühl 21, part., bei Wolf v. 23./12. 91, an Graf v. Bottomin in Buenos-Ayres v. 12./8. 91, an Frl. Bertha Lange in Zwickau (Sa.), Schloßplatz 15, bei Geßler v. 9./2. 92, an Albert Schön, Gasthof Hoaste in Leipzig v. 19./2. 92, an Frl. Wanda Werner in Leipzig-Gohlis, Albertstr. 48, bei Frau Brandt v. 7./1. 92, an Peter Simon, Chickelerville in New-York v. 6./2. 91; **aus Chemnitz:** an C. Scaupser in Dresden-N. v. 2./12. 91, an Gustav Winkler in Oregon (Nordamerika) v. 9./10. 91, an Frl. Marie Bartsch in Hamburg, Dammthorstr. im Hirnsebräu v. 31./12. 91, an die Firma C. Schönbach, Materialien-Handlung in Ebersbach bei Zittau v. 7./1. 92, an John Kreuziger, Beaver Dam Wisconsin (Nordamerika) v. 9./10. 91; **aus Werdau:** an Paul Schmidt, Kaufmann in Chemnitz, Hermannstr. 9, v. 30./11. 91; **aus Kappel (Sachsen):** an Anton Seibel, Privatmann, in Bogau b. Stollberg v. 11./1. 92. **Eingeschriebene Drucksache** aus **Leipzig:** an Steinacker & Reichmann in Marienbad v. 11./12. 91. **Briefe mit nicht angegebenem Werthinhalt.** Aus **Chemnitz:** an G. B. A. Hauptpostlagernd Dresden-A. v. 30./9. 91, an Richard Blächer, Hannoversche Str. 18d bei Gebhard, Restaurant in (Ort fehlt) v. 19./11. 91; aus **Leipzig:** an Franz Burner, Büchsenmacher in Strasburg (Elsaß) postlagernd v. 9./11. 91, an Teigmann, hauptpostlagernd Nr. 13 R. M. in Zwickau (Sachsen) v. 5./1. 92; aus **Leipzig-Plagwitz:** an Frau Minna Richter in Leipzig, Sebastian Bachstraße 55, II., v. 21./12. 91; aus **Colditz:** an G. H. 99. Nr. 4 postlagernd Wermsdorf v. 18./12. 91; aus **Zwickau (Sachsen):** an Moritz Hinze in Berlin C, Markusstraße Nr. 51, III., v. 18./1. 92. **Musterversendung aus Burgen (Sachsen)** an Frl. Martha Schmidt in Leipzig, Moschinskistr. 6, II., v. 16./11. 91, einen goldenen Ring enthaltend. **Postanweisungen.** Aus **Auerbach (Vogtl.):** an Emil Schlotter, Bäckermeister bei Thalberg in Hamburg, v. 11./10. 91 über 1 ℳ 50 ₰; aus **Zwickau (Sachsen):** an Frau Hermine verw. Bücher in Crimmitschau, Turnhallenstr., v. 10./12.91 über 30 ℳ; aus **Chemnitz:** an Gerichtsvollzieher Metz in Hamburg (Oberhessen) v. 27./11. 91 über 1 ℳ 10 ₰; aus **Leipzig-Gohlis-Dorf:** an Marcus in Uj-Pest (Ungarn) v. 20./4. 91 über 10 ℳ; aus **Leipzig:** an C. Wolff, Kleiderhandlung in Braunschweig, Kohlmarkt 12, v. 8./10. 91 über 10 ℳ, an Frl. Tittelbach in Jena, Hotel Deutsches Haus, v. 2./10. 91 über 20 ℳ, an Georg Müller's Kunstverlag in Friedenau-Berlin v. 12./10. 91 über 3 ℳ 50 ₰; aus **Reppel (Sachsen):** an Herm. Brückner in Chemnitz, Körnerplatz 1, v. 3./12. 91 über 3 ℳ 24 ₰. **Nachnahme-Postanweisung** aus **Falkenburg (Pommern)** an Julius Grebis in Leipzig v. 28./9. 91 über 2 ℳ 40 ₰ für eine Nachnahmesendung an Oelzing in Gelnhof. **Packet** aus **Niederwiesa** an August Bienegger, Restaurateur in Reichenbach bei Chemnitz, vom 16./1. 92.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche binnen 4 Wochen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei einer Postanstalt des Ober-Postdirections-Bezirks Leipzig geltend zu machen. Haben sich innerhalb der gedachten Frist zur Wiederlieferung Berechtigte nicht gemeldet, so werden die Geldbeträge der Post-Unterstützungskasse überwiesen und der in der Musterversendung befindliche Ring, sowie der Inhalt des Packets zum Besten dieser Casse öffentlich versteigert werden.

Leipzig, 10. Mai 1892.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Ausschreibung von Erd- und Felsen-, sowie von Uferbefestigungs-Arbeiten.

Die Erd- und Felsen-, sowie die Uferbefestigungsarbeiten, welche sich im Muldengebiete bei Zwicken-Schedewitz zur Hebung der auf den Verlauf der Hochwässer nachtheiligen Wirkungen der durch den Kohlenabbau eingetretenen Bodensenkungen nöthig machen und bei denen es sich um rund 27 000 cbm Bodenbewegung handelt, sollen an einen leistungsfähigen Unternehmer vergeben werden.

Angebote auf Ausführung dieser Arbeiten sind verschlossen und mit der Aufschrift:

„Arbeiten im Zwicken-Schedewitzer Senkungsgebiete betr."

versehen,

bis zum 28. Mai 1892, Vormittags 10 Uhr

an die Königliche Bauerwalterei Zwicken einzureichen, woselbst zu dieser Zeit die Eröffnung der eingegangenen Offerten in Gegenwart etwa erschienener Bewerber erfolgen soll.

Blankette, aus denen zugleich die zu stellenden Bedingungen zu ersehen sind, können gegen Erstattung der Herstellungskosten bei der genannten Königlichen Bauerwalterei entnommen werden; nähere Auskunft über die Bauausführungen wird auf Verlangen im Bureau der Königlichen Straßen- und Wasserbau-Inspection zu Zwickau mündlich ertheilt, auch liegen daselbst die bezüglichen Zeichnungen zur Einsichtnahme aus.

Die Zuschlagsfrist unter den Bewerbern, die bis zum 1. Juli d. J. an ihre Gebote gebunden sind, und die Ablehnung sämmtlicher Angebote bleiben vorbehalten; die bis zu dem letztgedachten Termine unbeantwortet gebliebenen Offerten sind als abgelehnt zu betrachten.

Zwickau, am 13. Mai 1892.

Königliche Straßen- und Wasserbau-Inspection.
Schmerr, Baurath.
Königliche Bauerwalterei.
Weigel, Bauverwalter.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 15. Mai.

Die „Nat.-Ztg. Corr." bringt heute auf Grund zuverlässiger Informationen die Meldung, daß alle Vorbereitungen zu einer neuen militairischen Gesetzvorlage ebenso wie zu etwaigen Abänderungen und Neuerungen in der Reichssteuergesetzgebung bis auf Weiteres vollständig eingestellt sind, so daß von einer Inanspruchnahme der nächsten Reichstagssession mit diesen Angelegenheiten voraussichtlich nicht die Rede sein wird. Man darf hieraus zunächst wohl schließen, daß in den maßgebenden Kreisen die Ansichten über die nöthigen und wünschenswerthen Reformen noch nicht genügend geklärt sind, um die rasche Fertigstellung von Vorlagen zu ermöglichen. Andererseits wird man sich aber auch in der Annahme nicht täuschen, daß in diesen Kreisen die Besorgniß herrscht, bei der jetzt in den Kreisen des Centrums herrschenden Stimmung werde eine Mehrheit für neue Militairforderungen und neue Reichssteuern nicht zu finden sein. Jedenfalls liegen für eine solche Besorgniß die schwerwiegendsten Anläßse vor. Der preußische Volksschulgesetzentwurf hat dafür gesorgt, daß die Begehrlichkeit des Centrums ins Ungemessene sich gesteigert hat. Die übrigen deutschen Staaten haben sich daher bei Preußen dafür zu bedanken, wenn jetzt die ungelöste Frage entsteht, wo die parlamentarische Mehrheit zu finden ist, die dem Reiche zu den nöthigen militairischen Reformen zu den Mitteln zu ihrer Durchführung verhilft.

Die neueste Leistung der bayerischen Ultramontanen, die wir gestern besprochen haben, hat in den der preußischen Regierung nahe stehenden Kreisen augenscheinlich sehr peinlich berührt. Wie der Telegraph bereits gemeldet hat, sagt die „Nordd. Allgem. Ztg." anläßlich der Anfragen Orterer und Daller in der bayerischen Abgeordnetenkammer wegen der Berichte des Grafen Eulenburg, die Fragesteller hätten damach getrachtet, indirect die in Bayern diplomatisch vertretenen Bundesregierungen einzuschüchtern. Die nächste Consequenz irgend welchen Erfolges der Interpellanten in dieser Richtung wäre die Aufhebung der gegenseitigen diplomatischen Vertretungen bei den Bundesstaaten und die Beschränkung des innerstaatlichen Verkehrs auf directen Notenwechsel der Regierungen. Den Interpellanten würde bei einiger Ueberlegung diese Tragweite der Anfrage kaum haben entgehen können. Wahrscheinlich ist den Herren diese Tragweite auch nicht entgangen; wahrscheinlich wäre es ihnen nur erwünscht, wenn in München kein preußischer Gesandter sich aufhalte, und wahrscheinlich haben sie gehofft, durch ihren Ansturm gegen den Grafen Eulenburg nicht nur diesen fortzujagen, sondern auch überhaupt den innerstaatlichen Verkehr auf directen Notenwechsel der Regierungen zu beschränken. Man versuche es nur weiter in Preußen, den Ultramontanismus durch Gewährung möglichst großen Einflusses zu „versöhnen" und auf diesem Wege den übrigen Staaten mit gutem Beispiele voranzugehen! Dann wird es nicht ausbleiben, daß, trotz dieses guten Beispieles der führenden Macht, die Centrumsfractionen überall, wo sie eine ausschlaggebende Stellung erlangen, diese Stellung zur Beschneidung und Verdrängung des preußischen Einflusses benutzen.

Die italienische Ministerkrisis ist beendet. Zwar kennen wir augenblicklich die genaue Zusammensetzung des neuen Cabinets noch nicht, aber über die Männer, denen die beiden wichtigsten Portefeuilles anvertraut werden, über den politischen Charakter des kommenden Ministeriums besteht kein Zweifel mehr. Man weiß, daß Giolitti den Vorsitz und das Innere, Brin das Auswärtige Amt übernehmen werden. Das Ministerium Giolitti wird sein Amt mit dem keineswegs das Selbstbewußtsein stärkenden Gefühl antreten, daß sein Nachfolger bereits aller Welt bekannt ist. Man wird nicht irren, wenn man das Ministerium Giolitti als ein Uebergangsministerium zu dem künftigen Cabinet Crispi betrachtet. Beide genannten Staatsmänner gehörten schon früher dem ersten Ministerium Crispi an, Giolitti als Finanzminister und Brin als Marineminister. Gelingt es Giolitti, der finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden, dann kann Crispi mit Recht sagen, er habe das Zustandekommen dieses Cabinets bewirkt, und der Ruhmeskranz fällt auf Crispi's Haupt; mißglücken die Versuche Giolitti's, betreffend die Gesundung der wirthschaftlichen Verhältnisse Italiens, dann ist der „psychologische Moment" für Crispi gekommen, als „Retter" zu erscheinen. Die auswärtige Politik Italiens wird weder durch das Cabinet Giolitti, noch durch die Aussicht auf ein kommendes Ministerium Crispi berührt. Am Dreibunde hält Italien fest. Die „Opinione" hat erst vor wenigen Tagen neuerdings auseinandergesetzt, daß seit zehn Jahren die Männer des Centrums, der Linken, Radicale und Aristokraten im Hinblick auf die Verhältnisse Europas die Nothwendigkeit des Dreibundes freudig anerkannt haben. Es kann sich demnach nur darum handeln, ob die bündnißfreundliche Politik der italienischen Regierung mit mehr oder weniger Temperament und Wärme verfolgt wird. Das Ministerium Giolitti wird auf dem Wege weiterschreiten, welchen Rudini in der auswärtigen Politik gegangen ist; dafür bürgt Crispi als „Ministermacher"; nur in Bezug auf die colonialе Politik Italiens wird das neue italienische Cabinet die ablehnende Haltung Rudini's gegen jeden Versuch einer Vergrößerung des italienischen Colonialbesitzes nicht bethätigen. Dies ist eine Frage, welche die Bundesstaaten Italiens nicht berührt. Die neue Stärkung des Einflusses Crispi's auf die italienische Politik wird bei uns wie in Oesterreich ebenso angenehm berühren, als sie die französischen Politiker beunruhigt. Telegraphisch wird von gestern gemeldet, daß Giolitti's Programm in seinen wesentlichen Grundzügen folgendermaßen lautet: Ordnung der Zettelbanken, Flüssigmachung aller ihrer investirten Capitalien, Börsen- und Börsensteuerreform, Erschwerung des Börsenmaklergeschäftes durch hohe Cautionen, Umgestaltung des Gesetzes über die anonymen Gesellschaften im Sinne der persönlichen Haftpflicht ihrer Verwalter, Gleichstellung der nominativen mit auf den Ueberbringer lautenden Rententiteln, Bestreitung des auf jährlich 30 Millionen beschränkten Eisenbahnbaues durch Credit, Reform der Staatsverwaltung, Vereinfachung des Gerichts- und Schulwesens, endgiltige Feststellung des Heereserfordernisses auf 247 Millionen, Deckung des 28 Millionen betragenden Ausfalls im Nothfalle durch eine Steuer auf die bemittelten Classen, Festhaltung an allen Staatsrechten gegen die Kirche und die Curie, treue Erfüllung der Bundespflichten.

Das englische Unterhaus hat in einer seiner letzten Sitzungen einen die Wahlfreiheit und die Ausübung des Wahlrechtes betreffenden Beschluß gefaßt, auf den wir zurückkommen müssen, weil aus der betreffenden telegraphischen Meldung nicht klar hervorging, um was es sich eigentlich handelte. Das englische Gesetz „über die geheimen Wahlen gewährt den des Lesens und des Schreibens Unkundigen besondere Vortheile, welche zum Schaden der Geheimhaltung des Wahlrechtes und der wirklichen Wahlfreiheit mißbraucht wurden. Die Aufhebung dieser Bestimmungen der Balletakte bezweckte der Antrag Webster's, eines conservativen Abgeordneten, welcher sowohl von den Conservativen wie von den Liberalen befürwortet und mit 115 gegen 55 Stimmen angenommen wurde. Ueber den Verlauf der Debatte liegt der „Voss. Ztg." aus London folgender Bericht vom 14. d. M. vor:

„In der gestrigen Abendsitzung des Unterhauses stellte der conservative Abgeordnete Robert Webster den Antrag, es sollten die Bestimmungen des Geheimwahlgesetzes, der Balletakte, welche den des Lesens und Schreibens unkundigen Wählern besondere Privilegien gewährten, aufgehoben werden. Webster behauptete, daß in Folge dieser Bestimmungen, besonders in Irland, die geheime Natur des Wahlactes verletzt werde und die Wünsche des Wählers häufig durchkreuzt würden. In England und Schottland sei die Zahl der ungebildeten Wähler geringfügig, in Irland jedoch gebe von je fünf Wählern ein Wähler vor, nicht im Stande zu sein, die Namen der Candidaten auf dem Stimmzettel zu verzeichnen und in vielen Fällen würden die ungebildeten Wähler von der katholischen Geistlichkeit beeinflußt. Der Antrag wurde von den irischen Abgeordneten heftig bekämpft, welche darin den Versuch erblickten, den ungebildeten Wähler seiner Rechte zu berauben. Dies wurde von den Conservativen bestritten. Der Antrag bezwecke lediglich, den ungebildeten Wähler verderblichen Einflüssen zu entziehen. Der erste Lord des Schatzes Balfour unterstützte den Antrag namens der Regierung, bemerkte jedoch, daß es unmöglich sei, eine denselben verkörpernde Vorlage in der laufenden Tagung einzubringen. Auch mehrere Liberale sprachen für den Antrag, der schließlich mit 115 gegen 55 Stimmen angenommen wurde."

Die Arbeiterpolitik Lord Salisbury's hat sich dieser Tage in einem Hauptpuncte zu den Bestrebungen der Arbeiterführer in grundsätzlichem Widerspruch gestellt. Am vergangenen Mittwoch wurden, wie schon gemeldet, Vertreter der Londoner Trade-Unions und anderer Arbeitervereinigungen im Foreign Office empfangen und bemühten sich, dem aufmerksam zuhörenden Premier klarzumachen, daß die Forderung der achtstündigen Arbeitszeit wohlbegründet sei, nicht nur, um den Arbeitern zu einer längeren Ruhe und Erholung zu verhelfen, sondern auch um den Unterschied in den Arbeitsbedingungen zwischen denen, welche übermäßig lange arbeiteten und denen, welche arbeitslos wären, auszugleichen. Lord Salisbury betonte in seiner Entgegnung vorweg, daß sein Entschluß, die Deputation zu empfangen, nicht als ein Zugeständniß an den von ihr vertretenen Standpunct aufgefaßt werden dürfe, und setzte hinzu, daß er ihren Wunsch, zur Durchführung des Achtstundentages die Klinke der Gesetzgebung in die Hand zu nehmen, nicht erfüllen könne. Er richtete seinerseits die Frage an seine Besucher, ob sie im Ernst glaubten, für eine blos achtstündige Tagesleistung denselben Lohn einheimsen zu können, wie jetzt für 9, 10 Stunden und längere Tagesarbeit, ganz abgesehen von dem Risico, daß die einseitige Festsetzung der Arbeitsbedingungen im Interesse der Arbeiter das Capital zur Massenauswanderung nach dem Auslande drängen dürfte. Nach Lord Salisbury besteht die einzige Möglichkeit, den achtstündigen Arbeitstag vielleicht zu erringen, in der langsamen allmäligen Ueberzeugung der öffentlichen Meinung von der praktischen Ueberlegenheit dieser Neuerung über den seitherigen Zustand. Aehnlich ließ sich auch der Erste Lord des Schatzes Mr. Balfour vernehmen. Das englische Parlament wird daher sobald noch nicht in die Lage kommen, über einen Antrag auf gesetzliche Einführung des Achtstundentages in England verhandeln zu müssen. Dagegen bereitet das Ministerium einen Gesetzentwurf vor, welcher bezweckt, die englische Arbeiterschaft von der verderblichen Concurrenz des Massenzustromes festländischer Paupers durch ein generelles Verbot der Zulassung mittelloser Einwanderer zu schützen. Der betreffende Entwurf soll, wie es heißt, nach dem Muster der einschlägigen amerikanischen Paupergesetzgebung formulirt werden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

△ Berlin, 14. Mai. Das Abgeordnetenhaus nahm heute die Berggesetznovelle in der Gesammtabstimmung einstimmig an. In dritter Berathung wurden ferner die Stempelgebührengesetze angenommen. Dann folgte die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufhebung der Befreiung von ordentlichen Personalsteuern gegen Entschädigung. Abg. Rickert begründete den ablehnenden Standpunct der freisinnigen Partei; die Herren der hohen Aristokratie hätten für ihre etwaigen Ansprüche auf den Rechtsweg verwiesen werden sollen; Redner hat um eine nähere Darlegung der Verhandlungen mit den Reichsunmittelbaren, ein Wunsch, welchem Geh. Rath Wallach einigermaßen entgegenkam. Abg. Hahnke (Centr.) trat für die Vorlage mit Berufung auf die Verpflichtungen staats- und völkerrechtlicher Natur ein. Minister Dr. v. Miquel betonte, daß man das Recht der betreffenden Häuser auf Steuerfreiheit nicht bestreiten und daß die letztere nach dem Einkommensteuergesetz nur gegen Entschädigung aufgehoben werden könne; über den Multiplicator für Ablösung der Ansprüche sei mit den Standesherren eine Verständigung nicht zu erzielen gewesen. Abg. Sattler (nallib.) bedauerte, daß die Standesherren nicht freiwillig auf ihr Privilegium verzichtet hätten; dieses Vorrecht ohne Entschädigung aufzuheben, sei ungerecht und unbillig; die Entschädigung müsse jedoch möglichst gering bemessen werden. Entschieden trat Abgeordneter Lieber (Centr.) für eine angemessene Entschädigung der Standesherren aus Rechts- und Billigkeitsgründen ein, ebenso Abg. Graf Limburg (cons.). Abg. Rickert hielt an seiner Auffassung fest, daß ein Recht der Standesherren auf Steuerfreiheit nicht vorhanden sei, einer Auffassung, die vom Minister Miquel und noch mehreren Rednern aus dem Hause zurückgewiesen wurde. Das Gesetz wurde alsdann gegen die größere Hälfte der freisinnigen Fraction und wenige Nationalliberale angenommen. Eine vom Abg. Graf Limburg beantragte Resolution, welche bezweckte, aus Billigkeitsgründen den Familien Bentheim-Tecklenburg-Rheda und Sayn-Wittgenstein-Berleburg Entschädigungen für ihre früher gemessene Steuerfreiheit zu gewähren, wurde nach Widerspruch des Finanzministers und mehrerer Redner aus dem Hause abgelehnt. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Morgen: Schleswig-Holsteinische Landgemeindeordnung, Entschädigung der Reichsunmittelbaren, Petitionen.

— Der Justiz-Commission lag heute die Petition des bekannten Antisemiten Kaufmanns Paasch vor, welcher verschiedene Rechtsverletzungen behauptet. Die Commission erachtete diese Petition für ungeeignet zum Vortrag im Plenum, da von dem Petitionsausschuß in Betreff seines Punctes der Instanzenweg gewahrt und das Abgeordnetenhaus nicht befugt ist, in ein noch anhängiges Strafverfahren einzugreifen.

Aus den deutschen Wolga-Colonien.

So viel man auch in allen Zeitungen von der schrecklichen Hungersnoth in Rußland liest, so ist doch wohl noch Manchem unbekannt geblieben, daß in den am schwersten betroffenen Gouvernements Saratow und Samara an der Wolga in etwa 175 großen Colonien über 300 000 evangelische Deutsche wohnen, Nachkommen derer, welche sich durch das Manifest der Kaiserin Katharina II. vom Jahre 1763 dorthin rufen ließen.

An vielen Orten Deutschlands hat sich hernehmige Liebe aufgemacht, um diesen Armen, die nach vier schwachen Jahren drei totale Mißernten erlebt haben, Hülfe zu bringen. Und schleunige Hülfe thut wahrlich noth, wenn nicht der Untergang dieser einst so blühenden deutschen Colonien besiegelt sein soll.

Im Januar schrieb Pastor Stärkel in Moskau auf der Bergseite der Wolga: „Der gegenwärtige Nothstand nimmt uns so sehr in Anspruch, daß wir fast keine Zeit zum Schreiben und Berichten über denselben behalten. . . . . Das Vieh schreit nach Futter. Ein Theil bekommt nur noch das Stroh von den Dächern — und wir sind erst im Januar. Die Kinderchen wollen Brod und empfangen nur Steppenthee. Ein Theil der Leute empfängt aus den Suppenküchen, aber es will nicht reichen. Die Alten werden krank und sterben dahin. Die jüngeren Kräfte nehmen ab und werden zuletzt so schwach, daß fast die Arbeit nicht mehr geben will. Jetzt soll man auch für einen Theil der Sterbenden die Leichenbretter zu Särgen aufbringen und Todtengräber und Leichenbestatter füttern! Hören nur aufreichende Mittel da, zu helfen! Aber leider will es nicht langen. Wir rufen im Namen dieser Hungernden um Hilfe! Wir müssen noch beinahe sechs Monate auf eine Ernte warten: ach, das giebt Hungertage und Hungernächte, das giebt noch viel Klagens und Weinens. Ja, der Hunger wird Vielen anno 1892 Grabesruhe bringen. Das ist ein schreckliches, ein langsames Sterben voll Angst und Weh. Ich fürchte, die Wohlthäter werden müde und zuletzt ausrufen: „Laßt sterben, wen das Gericht trifft, unsere Anstrengungen vermögen diese doch nicht zu retten." Es ist wahr, Alle können nicht gerettet werden, — aber doch ein bedeutender Bruchtheil dieser Armen wird sein Leben den barmherzigen Samaritern des Jahres 1891 und 1892 nächst Gott zu verdanken haben. Das ist denn doch ein erhebender Gedanke, Mitheifer zur Rettung und Erhaltung von Menschenleben gewesen zu sein. Es ist schwer, vor den Thüren der Leute zu liegen und Bittgesuche zu stellen, allein die Noth ist eine Macht, welche auch saure Wege thun läßt. Lenkt Gott die Herzen von uns, denn ist's um Viele geschehen. Wir beugen uns unter sein Thun. Dank allen Wohlthätern!"

In einem Brief der Frau Pastorin Heinrichsen in Forsenthal auf der Wiesenseite der Wolga heißt es: „Die Zahl meiner Pflegebefohlenen hat sich um ein ganzes Kirchspiel vermehrt. Es ist nämlich seit dem Januar das Kirchspiel Gnadenflur der Hinterlassenschaft meines Mannes zugefallen, und da begleitete ich ihn auf seiner Ausfahrt am 27. Januar (— 8. Februar n. St.), um auch dort Suppenkochen einzurichten, und war erschreckt, als ich einen tieferen Blick in das Elend daselbst that. Die Kinder von 1—7 Jahren lagen blaß, abgezehrt, blaß- und kraftlos auf den Betten oder Dielen umher. Wenn ich ihre Köpfchen in die Höhe hob, fielen dieselben wieder weil aufs Lager zurück. Die alten Frauen und Männer liegen am Hungertyphus darnieder. Ich konnte einige unter ihnen mit etwas Thee und Weißbrod erquicken, doch war diese Erquickung nur noch ein letztes Aufflackern ihres Lebens, bereits am folgenden Tage fielen die meisten dem Tode zur Beute. Ich sah Viele beraubt, mit Aufbietung ihrer letzten Sachen, wie Kissen, Decken u. dgl., sich etwas Nahrung zu verschaffen, wobei sie oft tagelang wanderten, bis sie einen Ebentheuer fanden. Der Hunger der Leute ist derartig gestiegen, daß sie den Termin zur Austheilung der Regierungshülfe nicht mehr abwarten können. Mit heißem Verlangen bestanden sie auf der sofortigen Herausgabe des Weißkorns (Mais). Der Vorsteher sah sich gezwungen, die Gemeindescheunen zu öffnen. Da kürzten sie sich wie die hungrigen Wölfe hinein und füllten ihren Magen mit rohem Weißkorn. Erst nachdem die größte Gier befriedigt war, konnte man sie zur Ordnung bringen. Nach Hause zurückgekehrt, sandten wir sofort fünf Säcke mit Kleidungsstücken, Thee, Zucker und Geld zum Ankauf von Lebensmitteln hin und bei mein Mann unverzüglich das Comité um weitere Hülfe gebeten. — Auf Grund all dieses geschilderten Elends bitte ich um Hilfe."

Ein Anderer, welcher wohl als der zuverlässigste Beurtheiler der einschlägigen Verhältnisse gelten kann, schreibt: „Leider erlauben die Mittel in vielen Colonien noch nicht, jedem Hungernden täglich eine Suppe zu geben, sondern nur jeden zweiten Tag. Auch Brod können wir nicht dazu geben, weil uns das zu theuer käme. Wollten wir den etwa 200 000 Hungernden und Nothleidenden, die wir in unseren Colonien haben, täglich auch nur für 3 Kopeken Brod geben, so würde uns der Tag 6000 Rubel kosten. Das geht alle nicht, auf solche Summen können wir nicht rechnen. Und doch wäre es sehr wünschenswerth, denn der Mehlvorschuß zu Brod, den die Leute vom Landamt bekommen, ist besonders in solchen Familien, wo mehrere Arbeiter sind und wo aus diesem Grunde Anlage gemacht werden, nicht genügend. Nach meiner angeführten Schätzung müßten unsere Colonien zu Viehfutter allein ca. 300 000 Rbl. haben, um ihre Pferde und Kühe zu erhalten. Ihr Weizensaat wäre nöthig ca. 500 000 Rbl., außer dem Saatvorschuß des Landamtes und der hier und da noch vorhandenen eigenen Saat. Wo sollen alle diese colossalen Summen herkommen? Und doch müßte man sie haben, wenn Noth und Hunger sich nicht auch ins nächste Jahr hinein erstrecken sollen. Ach, mein Herz blutet, wenn ich an die trostlose Zukunft unserer Leute denke! Dadurch allein, daß wir durch Suppenanstalten das arme Leben der Leute erhalten, sind sie noch nicht gerettet. Müssen sie ihr Vieh wegen Futtermangels abschaffen und können sie wegen Vieh- und Saatmangels ihre Felder nicht genügend bestellen, was bleibt uns da noch zu hoffen übrig?"

„Es sieht schrecklich aus. Die Dächer sind fast alle abgedeckt und verfüttert. Die Dörfer machen einen gespensterhaften Eindruck. Die Pferde müssen wegen Mattigkeit aufgehoben werden. Ein Faden Stroh kostet 30 Rbl., 1 Pud Heu 50—60 Kop., Kiste 80 Kop. Wo soll das hinaus? Unter den Menschen herrscht auch furchtbares Elend. Neben Wassersucht, Typhus, Dysenterie ist auch der Scorbut auf der Bergseite ausgebrochen, der untrügliche Beweis des Hungerelendes. Es gilt, noch zu retten und zu helfen, was sich helfen läßt. Wer uns schnell hilft, hilft doppelt!"

Wir verweisen gern auf den in dieser Nummer enthaltenen Aufruf, der nun auch an Leipzigs Bewohner ergeht.

Festcommers zu Ehren des Geheimrathes Professors Dr. Thiersch.

T Leipzig, 15. Mai. Die Huldigung, die gestern Abend die medicinische Studentenschaft zu Leipzig ihrem Lehrer und Freund Herrn Geheimrath Professor Dr. Thiersch aus Anlaß seines Doppeljubiläums darbrachte, nahm einen würdigen Verlauf; der Gefeierte selbst, dessen schlichtes, vornehmes Wesen allen Medicinern bekannt ist, schien der hochansehnlichen Versammlung das Gepräge seiner Eigenart verleihen zu haben.

Die neue Halle bildete den Schauplatz der Feier. Reicher Schmuck war dem imponirenden Raume verliehen worden; wohin das Auge seine Blicke schweifen ließ, von Decken und Wänden grüßten Fahnen und Banner in den deutschen und sächsischen Farben in den Saal. Der nach der Albertshalle zu belegenen

SLUB
Wir führen Wissen.